

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler
vom 07.10.2003 im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.55 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Diesburg, Mechtilde - Vorsitzende
Schmidt, Kathi
Kucknat, Karola
Mohr, Christoph
Feldeisen, Willi für Hüttner, Manfred
Hummel, Dieter
Meißner, Elisabeth
Meirich, Thomas

b) sachkundige Bürger:

Timmermanns, Peter
Kick, Andreas für Scheen, Wolfgang
Ohler, Käthe
Körllings, Franz für Walmanns, Peter
Pelzer, Bernd
Beckers, Rolf für Deserno, Inge

c) sachkundige Einwohner:

Gilles, Käthe
Trigoso, Jorge
Karakök, Kazim für Ölmez, Adnan
Winkelmann, Joachim
Korall, Hubert
Peltzer, Anna-Maria
Greier, Kirsti
Breuer, Elisabeth

entschuldigt fehlten:

Beilicke, Hildegard
Johnen, Hans

d) von den MW Malteser Werken gGmbH:

Frau Ising (bis TOP 2)

e) von der Verwaltung

Bürgermeister Prof. Dr. Linkens
Beigeordneter Leßmann
Verwaltungsfachwirt Eckers
StA Oehler
StOI Engels

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales waren mit Einladung vom 24.09.2003 für Dienstag, den 07.10.2003, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

T A G E S O R D N U N G :

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 25.02.2003
2. Jugendtreff Setterich;
hier: Neues Konzept/Trägerfestlegung
3. Kinder- und Jugendparlament;
hier: Änderung der Konzeption
4. Woche der Jugend;
hier: Rückblick auf die Woche der Jugend vom 30.06.2003 bis 06.07.2003

5. Woche der Senioren;
hier: Rückblick 2003 und Planung 2004
6. Auswirkung des Landespflegegesetzes;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2003
7. Allgemeine Sozialhilfe;
hier: Bericht zur aktuellen Entwicklung
8. Bedarfsorientierte Grundsicherung;
hier: Aktuelle Entwicklung
9. Hilfe zur Arbeit;
hier: Tätigkeitsbericht
10. Wohngeld/Fehlbelegung;
hier: Allgemeine Information zum Aufgabengebiet
11. Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe;
hier: Sachstandsbericht zur aktuellen Änderungsdiskussion
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

14. Jugendtreff Setterich;
hier: Vertragliche Regelung
15. Mitteilungen der Verwaltung
16. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Sie stellte fest, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales ordnungsgemäß eingeladen wurde und nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig war.

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 25.02.2003

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Niederschrift zur Sitzung vom 25.02.2003 zur Kenntnis.

**2. Jugendtreff Setterich;
hier: Neues Konzept/Trägerfestlegung**

Beigeordneter Leßmann führte zur bereits im Vorfeld der Sitzung zugestellten Vorlage aus, dass bereits seit längerer Zeit trotz hervorragender baulicher Voraussetzungen des Jugendtreffs Setterich sowohl hinsichtlich der Besucherzahlen als auch insbesondere im Hinblick auf den Integrationsauftrag die Erwartungen der Verwaltung nicht erfüllt wurden und aus Sicht der Verwaltung ein Verbesserungsbedarf gegeben ist.

Er teilte dem Ausschuss mit, dass im Einvernehmen zwischen dem Kreis Aachen und der Stadt Baesweiler beschlossen wurde, dass die Trägerschaft am Jugendtreff Setterich seitens des Kreises Aachen zugunsten der Stadt Baesweiler aufgegeben wird.

Da die Stadt Baesweiler jedoch auf Grund des Beschlusses des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 25.02.2003 kein eigenes Jugendamt führt und daher nicht über sozialpädagogisch geschultes Personal verfügt, hat man versucht, einen freien Träger für die Übernahme des Jugendtreffs Setterich zu finden. Speziell im Hinblick auf eine fachpädagogische Betreuung der Einrichtung sowie eine fachliche Personalführung und die Einführung eines Controllings, ist dies unbedingt notwendig.

Er erläuterte, dass die Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft zwischen der Stadt Baesweiler und den MW Malteser Werken gGmbH von hoher Professionalität geprägt waren. Er führte weiterhin aus, dass Rücksprachen mit der Stadt Neuss und der Stadt Karst, in denen die Malteser ebenfalls Einrichtungen übernommen haben, die positiven Eindrücke aus den Verhandlungen bestätigt haben.

Im Folgenden stellte Frau Ising die Struktur der Malteser Werke sowie deren Arbeit vor. Sie erläuterte, dass sich die Malteser sehr stark im Rahmen des Integrationsauftrages im ganzen Bundesgebiet engagieren. So werden derzeit mehrere Projekte mit Flüchtlingen und anderen Migranten und deutschen Jugendlichen durchgeführt.

Im Hinblick auf den Jugendtreff Setterich stellte sie fest, dass dieser derzeit an einem schlechten Ruf leide. Die Malteser werden jedoch versuchen, über die Beteiligung von Vereinen und Organisationen Jugendliche wieder an das Haus zu binden, so dass sich mittelfristig eine bessere Struktur sowohl hinsichtlich der Besucherzahlen als auch im Hinblick auf den Integrationsaspekt ergeben wird.

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte werden bei Übernahme der Trägerschaft durch die Malteser Werke für die künftige Arbeit relevant sein:

- höhere Verantwortung der Jugendlichen selbst,
- Gesundheits- und Präventionsarbeit,
- neue Akzente im Rahmen der Mädchenarbeit,
- Inanspruchnahme von Drittmitteln zur Durchführung der Integrationsarbeit.

Herr Timmermanns dankte Frau Ising für die Ausführungen und teilte mit, dass die CDU-Fraktion die Entscheidung, die Trägerschaft vom Kreis auf die Stadt Baesweiler zu übertragen, für eine richtige Entscheidung hält. Darüber hinaus hält es die CDU-Fraktion für richtig, einen freien Träger mit der Aufgabe der Trägerschaft des Jugendtreffs Setterich zu betrauen, da hier die entsprechende Erfahrung bereits vorliegt und nicht erst seitens der Verwaltung eigene Kräfte mobilisiert und ausgebildet werden müssen.

Darüber hinaus stellte er fest, dass trotz mehrerer Anfragen, warum nicht ein bereits im Kreisgebiet tätiger freier Träger mit der Übernahme der

Trägerschaft betraut wurde, es sich bei der Auswahl der Malteser Werke nicht um eine Entscheidung **gegen** einen bereits im Kreis tätigen Träger handelt, sondern es sich hierbei um eine Entscheidung **für** einen besonders qualifizierten freien Träger handelt.

Herr Timmermanns wünschte Frau Ising eine glückliche Hand bei der Auswahl des einzustellenden Personals und bot Frau Ising die Hilfe des Ausschusses für Jugend und Soziales an.

Er bat darum, den Ausschuss möglichst zeitnah über die Erfahrungen der Malteser zu informieren.

Herr Beckers teilte mit, dass der Beschlussvorschlag auch seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgetragen wird und die Konzeption, so wie sie dargestellt wurde, seitens seiner Fraktion begrüßt wird. Er wünschte Frau Ising gerade im Hinblick auf die sehr schwierige Integrationsarbeit in Setterich viel Erfolg.

Frau Meißner stellte für die SPD-Fraktion fest, dass sie dem Konzept der Umsetzung sehr positiv entgegensehen und wünschte Frau Ising bei der Umsetzung der Konzeption und bei ihrer Arbeit viel Erfolg und viel Glück.

Herr Trigoso fragte nach, ob seitens der Malteser vorab eine Analyse im Stadtteil Setterich durchgeführt wurde, da seiner Ansicht nach eine besondere Problematik hinsichtlich der Integration besteht.

Frau Ising teilte daraufhin mit, dass eine solche Analyse konkret ab dem Übernahmezeitpunkt, dem 01.01.2004, durchgeführt wird. Alles Weitere, was im Vorfeld geschehen wäre, hätte ein Wunschdenken und eine Wunscherwartung bei den Jugendlichen ausgelöst, die evtl. im Nachhinein nicht hätten erfüllt werden können. Gerade in dieser Hinsicht wird seitens der Malteser auf ihre Erfahrungen zurückgegriffen.

Frau Greier fragte nach, wie es dazu gekommen sei, sich nach einem freien Träger für die Trägerschaft des Jugendtreffs Setterich umzusehen.

Herr Bürgermeister Dr. Linkens führte dazu aus, dass in Übereinstimmung mit dem Kreis Aachen seitens der Verwaltung festgestellt werden musste, dass die Arbeit im Jugendtreff Setterich auf Grund verschiedener Faktoren nicht mehr den Anforderungen einer integrativen Jugendarbeit entsprochen habe.

Herr Leßmann habe daraufhin auf Grund seiner Erfahrungen aus früheren Tätigkeiten die Malteser Werke vorgeschlagen, so dass es zu den Gesprächen und auch zu dem Vorschlag kommen konnte, die Trägerschaft an die Malteser Werke zu übertragen.

Weiterhin fragte Frau Greier nach, wie es den Malteser Werken gelingen sollte, die Jugendeinrichtung wieder mit Leben zu füllen und wie es ihnen gelingen möchte, das vorgelegte Konzept umzusetzen.

Frau Ising schilderte daraufhin dem Ausschuss die Erfahrungen der Malteser Werke aus einer Jugendeinrichtung der Stadt Karst, deren Trägerschaft sie ebenfalls übernommen haben.

Frau Greier dankte für die Ausführungen der Frau Ising und bot gleichzeitig die Unterstützung der evang. Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf an.

Herr Timmermanns fragte im Anschluss daran nach, ob das Vorhaben der Landesregierung, die Mittel für die Jugendarbeit um bis zu 60 v.H. kürzen zu wollen, auch auf das zur Diskussion stehende Projekt Auswirkungen habe.

Herr Beigeordneter Leßmann wies darauf hin, dass derzeit keine konkreten Aussagen hinsichtlich der geplanten Kürzungen gemacht werden können. Sollte es jedoch so sein, dass die Mittel in den angedachten Höhen gekürzt werden, müssen neue Lösungen in Zusammenarbeit mit den Malteser Werken gefunden werden. Es steht jedoch fest, dass der Kreis Aachen und die Stadt Baesweiler nicht in der Lage sein werden, die Ausfälle, die im Rahmen einer Kürzung durch das Land entstehen würden, alleine zu kompensieren. Herr Leßmann wies jedoch unmissverständlich darauf hin, dass die Kürzung der Landesmittel auch eine Reduzierung des Angebotes im Jugendtreff zur Folge hat und somit deutliche Folgen im Hinblick auf die qualitative Arbeit haben wird.

Herr Timmermanns dankte für die Ausführungen und hielt fest, dass die Stadt und der Kreis nicht mehr in der Lage seien, die seit Jahren anhaltenden Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit aufzufangen und stellte weiterhin fest, dass die Verwaltung bzw. der Ausschuss Ziel der Unmutsäußerungen der Baesweiler Bürger sein werden. Er hielt ausdrücklich fest, dass weder die Verwaltung noch der Ausschuss die Verantwortung für eine qualitative Kürzung des Angebotes im Rahmen der Jugendarbeit in Baesweiler übernehmen kann.

Herr Beckers wies im Folgenden auf den Ausbau der Jugendarbeit in den letzten Jahren seitens des Kreises als auch seitens der Landesregierung hin. Er hielt jedoch ebenfalls fest, dass die Höhe der zu verteilenden Mittel geringer geworden ist.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Wechsel der Trägerschaft und der Neukonzeption im Jugendtreff Setterich einstimmig zur Kenntnis und empfahl dem Stadtrat zu beschließen,

1. dass die Stadt Baesweiler mit Wirkung vom 01.01.2004 vom Kreis Aachen die Trägerschaft für den Jugendtreff Setterich mit mobiler Jugendarbeit/Streetwork übernimmt. Die Einzelheiten sind in einer entsprechenden Vereinbarung zu regeln,
2. die MW Malteser Werke Köln gGmbH mit Wirkung vom 01.01.2004 mit der Betriebsträgerschaft für den Jugendtreff Setterich mit mobiler Jugendarbeit/Streetwork zu beauftragen. Die Einzelheiten sind in einem Betriebsträgervertrag zu regeln.

Im Anschluss dankte die Vorsitzende der Frau Ising für ihre Anwesenheit und ihre Ausführungen im Namen des Ausschusses und wünschte ihr eine gute Heimfahrt.

**3. Kinder- und Jugendparlament;
hier: Änderung der Konzeption**

Herr Beigeordneter Leßmann erläuterte die Vorlage dahingehend, dass es zwei strikt voneinander getrennte Konzeptionen für das Kinder- und Jugendparlament geben wird.

Das Kinderparlament wird unter dem Slogan „Kinderparlament on Tour“ zu Gast in einer Grundschule sein. Die jeweilige Grundschule wird das Kinderparlament vorbereiten und nach eigenen Wünschen und Vorstellungen durchführen. Die Vertreter der Verwaltung werden sich dann in den Grundschulen die Wünsche und Anregungen der Kinder anhören und die Verwaltung geht auf Grund dieses Konzeptes davon aus, dass allein deswegen eine große Anzahl von Teilnehmern zu verzeichnen sein wird, da die Veranstaltung in der für die Kinder vertrauten Schule stattfinden wird.

Hinsichtlich des Jugendparlamentes erläuterte Herr Beigeordneter Leßmann, dass die Verwaltung anstrebt, die Sitzungen des Jugendparlamentes ortsteilbezogener durchzuführen, da man die Erfahrung gemacht habe, dass sich die Jugendlichen mehr für das eigene bzw. persönliche Umfeld interessieren und somit eine höhere Beteiligung zu erwarten ist.

Weiterhin sei eine Kooperation mit ortsansässigen Vereinen und weiteren Trägern der Jugendarbeit sowie eine enge Einbindung der Schulen in die Planungen der Sitzungen angestrebt.

Herr Timmermanns stellte fest, dass das Kinder- und Jugendparlament nicht in dem Maße funktioniere, wie sich der Ausschuss das sicherlich vorgestellt habe. Dennoch sei die neue Konzeption ein Ansatz, gerade im Hinblick auf die versuchte Kooperation mit den Lehrern der weiterführenden Schulen, das Jugendparlament wieder mit neuem Leben zu füllen.

Herr Beckers bestätigte den schwankenden Erfolg der letzten Jahre des Kinder- und Jugendparlamentes. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass gerade dann, wenn Schulen im Vorfeld des Kinder- und Jugendparlamentes dieses thematisiert haben, sowohl eine entsprechende Resonanz von Jugendlichen als auch entsprechender Anzahl von Ideen und Anregungen zu verzeichnen waren.

Hinsichtlich des Kinderparlamentes stimmte Herr Beckers der neuen Konzeption zu, hinsichtlich des Jugendparlamentes wies er darauf hin, dass seitens Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine offene Beteiligungsform weiterhin begrüßt wird, da es auch ältere Jugendliche gibt, die am Jugendparlament teilnehmen möchten, jedoch nicht mehr Schüler einer Schule in Baesweiler sind.

Herr Leßmann stellte daraufhin nochmals deutlich dar, dass es sich beim Jugendparlament zwar um eine Veranstaltung in den verschiedenen Ortsteilen handelt, diese jedoch auch für jeden interessierten Jugendlichen zugänglich sein wird.

Frau Greier wies daraufhin, dass es wichtig sei, dass Kinder eine Reaktion auf ihre Anregungen und Ideen im Rahmen des Kinderparlamentes erhielten.

Herr Bürgermeister Dr. Linkens dankte für die Anregung und stellte fest, dass grundsätzlich Reaktionen der Verwaltung auf Anregungen der Kinder und Jugendlichen erfolgen würden.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, die vorgestellten Konzeptionen umzusetzen.

**4. Woche der Jugend 2003;
hier: Rückblick auf die Woche der Jugend vom 30.06.2003 bis 06.07.2003**

Herr Beigeordneter Leßmann hielt fest, dass es sich bei der Woche der Jugend im Jahre 2003 um eine gut besuchte Veranstaltung gehandelt hat. Die Grundzüge der Woche der Jugend können auch, das Einverständnis des Ausschusses für Jugend und Soziales vorausgesetzt, im Jahre 2004 beibehalten werden.

Herr Timmermanns bestätigte die Auffassung der Verwaltung für die CDU-Fraktion.

Frau Meißner teilte für die SPD-Fraktion mit, dass sie davon überzeugt sind, dass es auch im Jahre 2004 wieder eine gelungene Woche der Jugend geben wird.

Auch Herr Beckers teilte die Ansichten der Verwaltung.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung für das Jahr 2004 erneut eine Woche der Jugend mit einem integrierten „Lach-Möwen-Löwen-Tag“ auf dem Kirchvorplatz in Baesweiler zu planen.

**5. Woche der Senioren;
hier: Rückblick 2003 und Planung 2004**

Im Hinblick auf die Woche der Senioren stellte Herr Beigeordneter Leßmann fest, dass es sich hierbei um eine gelungene Veranstaltung für Senioren des Stadtgebietes Baesweiler gehandelt hat. Lediglich im Hinblick auf die sportlichen Angebote für Senioren gab es kurz nach dem Aktivurlaub wenig Resonanz.

Herr Bürgermeister Dr. Linkens gab ergänzend Auskunft darüber, dass er nach Gesprächen mit den Senioren innerhalb der angebotenen Woche festhalten kann, dass dieses Angebot durchweg positiv seitens der Zielgruppe bewertet wird.

Herr Timmermanns dankte der Verwaltung für die geleistete Arbeit und stimmte dem Beschlussvorschlag zu.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis und beauftragte diese für 2004 mit der Durchführung der 4. Woche der Senioren in Baesweiler.

**6. Auswirkungen des Landespflegegesetzes;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2003**

Herr Beigeordneter Leßmann führte hierzu aus, dass seitens der Verwaltung keine näheren Ausführungen zu dem gemachten Antrag gemacht werden können, da es sich hierbei um eine Aufgabe des Kreises handle. Er führte jedoch aus, dass es derzeit keinerlei Änderungen im Rahmen der finanziellen Mittel für die Stadt Baesweiler geben wird, da der Kreis Aachen einen Doppelhaushalt verabschiedet hat. Nähere Fragen inhaltlicher Art sollten zuständigkeithalber an den Kreis gerichtet werden.

Herr Timmermanns stellte fest, dass es sich bei dem Landespflegegesetz um ein Werk handelt, welches sich nahtlos in eine Reihe von Gesetzen einreihet, mit denen die Kreise und Kommunen einer immer höheren finanziellen Belastung ausgesetzt werden, die diese nicht mehr zu tragen vermögen. Darüber hinaus seien alle freien Wohlfahrtsverbände bei der Erarbeitung des Gesetzes außen vorgelassen worden, was zur Folge hatte, dass diese gegen dieses bereits in Kraft getretene Gesetz protestieren.

Herr Beckers stellte fest, dass die Ausführungen der kommunalen Spitzenverbände äußerst treffend sind, denn diese sind Ausdruck dessen, was auch im Ausschuss für Jugend und Soziales bereits mehrfach diskutiert wurde: dass Gesetze geschaffen werden, deren Finanzierung nicht sichergestellt ist.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**7. Allgemeine Sozialhilfe;
hier: Bericht zur aktuellen Entwicklung**

Herr Bürgermeister Dr. Linkens wies darauf hin, dass trotz steigender Einwohnerzahlen in Baesweiler die Zahlen im Bereich der Sozialhilfe rückläufig seien und auf niedrigem Niveau gehalten werden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Bericht der Qualitätssicherungsstelle des Kreises Aachen. Er wies darauf hin, dass die Mitarbeiter des Amtes für soziale Angelegenheiten bemüht seien, den Hilfebedürftigen konstruktive Hilfestellungen zu geben. Darüber hinaus sind die Mitarbeiter bemüht, den Hilfeempfängern die Möglichkeit zu geben, im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit tätig zu sein und dadurch Qualifikation zu erfahren, evtl. nach längerer Arbeitslosigkeit wieder die Bereitschaft zur Teilnahme am Arbeitsleben zu erlangen und darüber hinaus eine evtl. Vermittlung durch die Mitarbeiter des Amtes für soziale Angelegenheiten in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu erfahren.

Herr Bürgermeister Dr. Linkens dankte den Mitarbeitern des Amtes für soziale Angelegenheiten, die im Rahmen der allgemeinen Sozialhilfe tätig sind, für ihr Engagement und stellte nochmals die erfolgreiche Arbeit heraus.

Herr Amtsleiter Eckers berichtete weiter über die absoluten Zahlen sowie über die Entwicklung der Personenzahlen für den Zeitraum Oktober 2002 bis Oktober 2003. Hierbei wurden auch die Altersstrukturen vorgestellt.

Herr Timmermanns dankte Herrn Eckers für die Ausführungen und den Mitarbeitern der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit in den letzten Jahren. Gleichzeitig bot er dem Amt für soziale Angelegenheiten die Rückdeckung des Ausschusses und des Stadtrates für die äußerst schwierige und umfangreiche Aufgabe - auch im Falle von Beschwerden - an.

Frau Meißner dankte ebenfalls den Mitarbeitern des Amtes für soziale Angelegenheiten für die geleistete Arbeit und wünschte weiterhin viel Erfolg.

Herr Beckers dankte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die anschauliche Darstellung der schwierigen Problematik und dankte gleichzeitig den Mitarbeitern der Verwaltung für ihr gezeigtes Engagement.

Herr Trigoso fragte nach, ob die Hilfe in besonderen Lebenslagen eine einmalige oder laufende Leistung der Sozialhilfe sei.

Herr Eckers erläuterte, dass diese Frage nicht allgemein beantwortet werden kann, da die Dauer des Bezuges von Hilfe in besonderen Lebenslagen einzelfallabhängig sei.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm den Sachstand über die Entwicklung der Sozialhilfe einstimmig zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, ihr bisheriges Konzept der Vermeidung von Hilfsbedürftigkeit durch sachgerechte Sozialhilfeplanung bereits im Vorfeld zu begegnen und darüber hinaus ihre Bestrebungen der Eingliederung der Hilfsbedürftigen in den Arbeitsprozess fortzuführen.

**8. Bedarfsorientierte Grundsicherung;
hier: Aktuelle Entwicklung**

Herr Beigeordneter Leßmann erläuterte die Sitzungsvorlage dahingehend, dass man dem Ausschuss einen Überblick über die bedarfsorientierte Grundsicherung und deren Folgen geben wollte.

Er stellte fest, dass - wie aus der Vorlage zu entnehmen - ein großer Teil der Anträge abgelehnt werden, der Verwaltungsaufwand jedoch enorm hoch sei, da auch diese Fälle alle geprüft werden müssen. Er wies nochmals auf die Darstellung der finanziellen Voraussetzungen hin. Sodann stellte er klar, dass die Verwaltung überwachen werde, dass etwaige Überschüsse an die Kommunen zurückfließen müssen und bat den Ausschuss in dieser Hinsicht um die Unterstützung des entsprechenden Beschlussvorschlages.

Herr Beckers fragte nochmal, ob die zahlreichen abgelehnten Anträge wirklich nur die Anträge seien, bei denen es sich um Überschreiten des Einkommens bzw. anzurechnenden Vermögens handelt.

Herr Leßmann entgegnete, dass alle diese abgelehnten Anträge gewissenhaft geprüft wurden und dass es sich hierbei ausschließlich um die von Herrn Beckers angesprochenen Fälle handelt.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung über die bisherige Kostenentwicklung im Rahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einstimmig zur Kenntnis und unterstützte die Forderungen der Bürgermeister, dass etwaige Überschüsse an die Kommunen zurückfließen müssen.

**9. Hilfe zur Arbeit;
hier: Tätigkeitsbericht**

Herr Beigeordneter Leßmann stellte den Bezug zu Punkt 7 der Tagesordnung (allgemeine Sozialhilfe) her und befand, dass dieser Punkt ausreichend besprochen wurde.

Herr Trigoso merkte an, dass der Nachbarschaftstreff Setterich und die Gruppe für Ausländerfreundlichkeit auch im Bereich der Arbeitsvermittlung Erfolge zu verzeichnen habe. Die Vermittlung erfolge sowohl in Zusammenarbeit mit der Stadt Baesweiler als auch mit der Sprungbrett gGmbH aber auch mit den Arbeitgebern selber.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis und unterstützte die Verwaltung bei ihrem Vorhaben, sich weiterhin verstärkt für eine Vermittlung von Sozialhilfeempfängern/innen in versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzusetzen.

**10. Wohngeld/Fehlbelegung;
hier: Allgemeine Information zum Aufgabengebiet**

Herr Beigeordneter Leßmann erläuterte die Vorlage dahingehend, dass es sich hierbei um eine allgemeine Information für den Ausschuss handelt. Er dankte den Mitarbeitern der Wohngeldstelle für ihre Arbeit und stellte fest, dass diese engagiert ihrer Tätigkeit nachgehen, obwohl es sich hierbei nicht direkt um Mittel der Stadt Baesweiler, sondern um die Verwaltung der Mittel des Landes handelt, was jedoch für die Mitarbeiter keine Rolle spielt.

Ohne weitere Aussprache nahm der Ausschuss für Jugend und Soziales die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

**11. Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe;
hier: Sachstandsbericht zur aktuellen Änderungsdiskussion**

Herr Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte die Verwaltungsvorlage dahingehend, dass es bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zwei Modelle der Zuständigkeiten geben kann.

1. Die Bundesanstalt für Arbeit betreut in den noch zu bildenden Jobcentern alle erwerbsfähigen und arbeitslosen Menschen in der Region.
2. Das Amt für soziale Angelegenheiten wird mit der Zuständigkeit betraut. Dennoch wird dort die Problematik gesehen, dass ein Sozialamt Schwierigkeiten haben wird, Arbeitsstellen aus der gesamten Region an die arbeitslosen Menschen zu vermitteln.

Problematisch erscheint auch, dass durch die Zusammenführung der beiden Hilfearten die Möglichkeit der Bereitstellung von gemeinnütziger Arbeit entfallen könnte.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte fest, dass die Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe eine Gefährdung der bisher erfolgten erfolgreichen Arbeit der Verwaltung darstellt.

Herr Timmermanns führte aus, dass die CDU-Fraktion die Ansichten der Verwaltung teilt und stellte ebenfalls fest, dass die bisherige erfolgreiche Arbeit der Verwaltung gefährdet sei.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung über die Gesetzesvorhaben zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einstimmig zur Kenntnis. Die Verwaltung wird den zuständigen Gremien über den weiteren Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens berichten und rechtzeitig entsprechende Vorschläge zur Umsetzung beschlossener Vorhaben für die Stadt Baesweiler machen.

12. Mitteilungen der Verwaltung

- a) Herr Beigeordneter Leßmann informierte den Ausschuss darüber, dass der Kindergarten „Im Kirchwinkel“ nach der Sanierung wieder seiner Bestimmung übergeben wurde.

Er stellte fest, dass die Resonanz der Eltern und Mitarbeiter des Kindergartens auf eine positive Reaktion der Umbaumaßnahmen schließen lassen. Er informierte den Ausschuss über den Tag der offenen Tür am auf die Sitzung folgenden Wochenende hin.

- b) Herr Beigeordneter Leßmann teilte dem Ausschuss mit, dass im Kindergarten Herzogstraße ebenfalls eine Sanierung notwendig wird. Die Kinder sind bereits in Ausweichräumen in der Grengrachtschule untergebracht. Die ersten Aufträge zwecks Sanierung standen zur Vergabe an.
- c) Herr Leßmann teilte dem Ausschuss mit, dass auf Initiative der Verwaltung ein „Runder Tisch Sprachkurse“ eingerichtet wurde. Er verdeutlichte nochmals die Wichtigkeit der Sprachförderung und wies die Ausschussmitglieder auf den von der Verwaltung erstellten 2-sprachigen Flyer hin und bat alle Mitglieder, Werbung für die in Baesweiler angebotenen Sprachkurse zu machen.
- d) Sodann wies Herr Beigeordneter Leßmann die Mitglieder des Ausschusses auf das Familienspielefest des Jahres 2003 hin. Er erläuterte, dass jeder Teilnehmer die Möglichkeit habe unter ca. 400 alten und neuen Spielen zu wählen und das Medium „Spiel“ neu zu entdecken.
- e) Herr Leßmann wies den Ausschuss nochmals auf die Aktion „Nachtaktiv“ hin, die wöchentlich freitags in der Zeit von 22.00 Uhr bis 0.00 Uhr in der Sporthalle der Andreasschule angeboten wird. Jugendliche haben hier die Möglichkeit, Sportarten aller Art völlig zwanglos und ohne Vereinsbindung zu betreiben.

13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schloss die öffentliche Sitzung und bedankte bei den Ortsvorstehern und stellte die Nichtöffentlichkeit der Sitzung sicher.